

Deutsch-Rumänische Hefte

Caiete Germano-Române

Vierteljahresschrift der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft
Publicație trimestrială a Societății Germano-Române

Jahrgang VI, Heft 1-2, Sommer 2003

Aus dem Inhalt:

Andrei Popescu: Über Erinnerungen, Verhältnisse und andere Sachen

Ernst Meinhardt: Griechisch-katholische Rumänen in Berlin

Christof Kaiser: Schloss Bontida

Dan Florin Popescu: Arbeitsmarkt in Rumänien

Alice Erika Lintoiu: Vier rumänische Autoren in der Akademie der Künste

Friederike Binder/Katharina Hoffmann: Patriarch Teoctist in Berlin

Interview: Ruxandra Demetrescu verlässt Berlin

Bücher: Aglaja Veteranyi, Valeriu Anania

Die DRG: Vorstandswahlen, Mitgliederreise, Stipendium, Tätigkeitsbericht

Pressespiegel

Herausgeber:

Deutsch-Rumänische Gesellschaft e.V.

Dernburgstraße 55

14057 Berlin

Telefon 030 / 326 011 74

Telefax 030 / 326 011 76

Redaktion:

Friederike Binder

Axel Bormann

Katharina Hoffmann

Marlen Martin

Tina Olteanu

ISSN 0340-3718

Vorab

Wieder einmal erscheint eine Ausgabe der Deutsch-Rumänischen Hefte mit einer gewissen Verspätung, man könnte fast sagen, dass uns dies zur lieben Gewohnheit geworden ist. Es hat aber vor allem damit zu tun, wie dieses Heft entsteht: In ehrenamtlicher Freizeitarbeit, mit wenig finanziellen Mitteln und mit einer Redaktion, in der der personelle Wechsel gleichsam institutionalisiert wurde. Trotzdem freuen wir uns, Ihnen liebe Leser, diese neue Ausgabe vorlegen zu können und wir hoffen natürlich, dass einige der Beiträge Ihr Interesse finden.

Zweifellos wird Ihnen auffallen, dass diese neue Ausgabe deutlich mehr Fotos enthält als frühere Ausgaben. Zum einen wirkt die Zeitschrift dadurch ansprechender, zum anderen nutzen wir besser die Vorteile des recht aufwendigen Offset-Druckverfahrens, in dem die Deutsch-Rumänischen Hefte schon immer her-

gestellt wurden und das zur Wiedergabe von Fotos (leider auch in Zukunft nur in schwarz-weiß) an sich hervorragend geeignet ist.

Bei den Beiträgen erwartet Sie eine vielfältige Mischung: Andrei Popescu schreibt über Erinnerungen, Verhältnisse und andere Sachen, Friederike Binder und Katharina Hoffmann berichten über den Besuch des Patriarchen Teoctist in Berlin, Alice Erika Lintoiu hat eine Lesung rumänischer Autoren in illustrierter Besetzung besucht. Mit einem Interview verabschieden wir uns von Ruxandra Demetrescu, die Berlin in Richtung Bukarest verlässt. Dan Florin Popescu wirft einen Blick auf den rumänischen Arbeitsmarkt, weitere interessante Beiträge haben Ernst Meinhard und Christof Kaiser verfasst. Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen im Namen der Redaktion

Ihr Axel Bormann

Impressum

Die Deutsch-Rumänischen Hefte (DRH) sind der Mitgliederrundbrief der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft und zugleich eine allgemeine Zeitschrift. Auflage: 1200. Erscheinen: 1/4jährlich.

ISSN 0340-3718

Herausgeber: Die DRH werden herausgegeben von der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft e.V. (Sitz Berlin). Die Anschrift findet sich auf der Titelseite.

Satzung und Selbstdarstellung der DRG sowie weitere Informationen und Beitrittsanträge können direkt unter dieser Anschrift angefordert werden.

Kontakt: Axel Bormann, Wichertstraße 64, 10439 Berlin; E-mail:

axel.bormann@berlin.de.

V.i.S.d.P.: Axel Bormann

Bezug für Mitglieder der DRG (Jahresmitgliedsbeitrag 60,- Euro, ermäßigt 30,- Euro) **kostenlos**. Die DRG ist gemeinnützig, Beiträge sind steuerlich

absetzbar. Zu Beitrittsmöglichkeiten siehe unter "Herausgeber".

Bezug für Nichtmitglieder: 4 Nummern gegen eine Spende von 17,- Euro auf das Konto der DRG (Bankverbindung: Postbank Berlin, BLZ 100 100 10, Kto 230 108), Verwendungszweck: „Hefte“. Parallel zur Überweisung bitte ein kurzes formloses Schreiben an die Redaktion. (Vgl. Coupon auf der Rückseite des Hefts)

Spenden: (Steuerlich absetzbare) Spenden an die DRG zur Finanzierung der Hefte sind erwünscht. Solche Spenden werden nur für die Finanzierung der Hefte eingesetzt. **Auf die Spender wird in der jeweils nächsten Ausgabe hingewiesen.** Allgemeine Spenden an die Deutsch-Rumänische Gesellschaft (ebenfalls steuerlich absetzbar) sind jederzeit möglich auf das im letzten Absatz genannte Konto, Verwendungszweck: "Spende"

Über Erinnerungen, Verhältnisse und andere Sachen

von **Andrei Popescu**



Ich war vielleicht elf oder zwölf, als in meiner Clique das Gerücht kursierte, das bulgarische Fernsehen hätte zu später Stunde einen in Rumänien fürs Ausland (wie alles damals Begehrenswerte) produzierten Pornofilm ausgestrahlt. Über den Ausstrahlungsort war man aber dann geteilter Meinung. Manche meinten, der Film sei auf dem Videokanal des *Hotel București* gezeigt worden. Der Titel des Films lautete „*Der drei Meter P...*“; darin spielte unter anderem, so erzählte man, eine damals bekannte Schlagersängerin, deren Namen ich jetzt verschweige. Um den Anschein des Anstandes zu bewahren, habe ich das P-Wort nicht ausgeschrieben. Ich überlasse es der Phantasie des Lesers, die er in Wirklichkeit gar nicht braucht, aus der Spartenbestimmung abzuleiten,

welcher Körperteil den surrealen Gegenstand jener Messung ausmachte, den der Film in Aktion zu präsentieren versprach. Die Fabulationen, die sich um diesen Film rankten, regten unsere juvenile Einbildung. Einige unter uns wollten den Film, oder zumindest Ausschnitte daraus, gesehen haben. All das spielte sich in einem Alter ab, an das man sich oft erinnert. Ich zumindest tue das. So wurde dieser erfundene Film ein Teil meiner privaten Mythologie.

Ich will einen kleinen Zeitsprung vornehmen und vom, nach wie vor, in Rumänien verfassungsmäßig Verbotenen der Pornographie zu anderen Bedürfnissen übergehen. Wenn ich heute eine Tüte Chips, Erdnüsse oder Snacks kaufe, bekomme ich zu einem nicht sehr geringen Preis eine knisternde und bunt angemalte Tüte

zugereicht, deren Inhalt (50g oder weniger) nicht nur nicht ausreichend, sondern geradezu beleidigend ist. Beleidigend ist weniger die Menge, das PreisLeistungsverhältnis sozusagen – in diesem Fall sollte man entweder ganz darauf verzichten oder mehrere Tüten kaufen – als, bei der Ausgestaltung der Verpackung, die Vorwegnahme, die eingefüllte Menge sei ausreichend. Übertroffen wird diese Verpackungskunst und (vielleicht) –politik nur von der Beschaffenheit des Toilettenpapiers, jenes Standardklopapiers, das sich in neun von zehn Haushalten findet und auf öffentlichen Toiletten durch Abwesenheit auffällt. Als Gegenstück zur mickrigen, bunten Tüte präsentiert es sich grau und schmal, rau aber dennoch dünn und durchsichtig, und, vor allem, unangenehm elastisch. Auf unglückliche Weise treffen sich eine mangelnde Klokkultur, die den Rumänen nachgesagt wird, mit der in der nationalen Ecke (unserer Seele und unseres Heims) gern angepriesenen Esskultur und Gastfreundschaft.

Warum diese Schnittstelle des Sexus, Plexus, Rektums? Weil sich darin etwas wieder findet, das mir (der dort und hier gelebt hat) nun, mit einem nach der Wende so beliebten Syntagma des schönen Ortes «draußen» lebe, symptomatisch für die «rumänische Dimension der Geschichte» erscheint. – „Să vrei o mie și să poți doar patru“ – zu deutsch: Tausende wollen und nur viere können. Vielleicht.

Dasselbe Missverhältnis, wie zwischen dem vorgehaltenen Ungeheuer jenes Filmtitels, damals, und den merkantilen Verhaltensstörungen, heute, trübt die geheimen Irrgänge der Erinnerung an Außenhandel, und der, wie sich der Bürgermeister erklärte, Korruption und unloyalen Konkurrenz gegenüber den

die vergangene Zeit vor '89. Mentale Mechanismen können schwer ausgeschaltet werden und neigen dazu, kraft ihrer Trägheit fortzubestehen. Neben urbanen Spuren in Marmor, hat die «verhasste Diktatur» stereotyp gewordene traumatische Erinnerungen, Minderwertigkeitskomplexe und Ohnmachtgefühle gegenüber jeder Form von okkultur Obrigkeit hinterlassen. Was wir nicht alles getan hätten, wenn die Umstände günstiger, «Die» es nicht verhindern würden. Dies «drinnen»; «draußen» aber hat Furchtreflexe vor potentiellen Geheimagenten des internationalen Kommunismus hinterlassen. Treffen sich «draußen» drei Emigranten, kommt man zwangsläufig zum interessanten Verdacht, dass mindestens vier von ihnen «drinnen» ehemalige Mitarbeiter des Geheimdienstes sind. Diese Verdachtsmomente vermischen sich auf wunderbare Weise mit dem Gefühl, etwas Außergewöhnliches, zweifach schlaue zu sein: zumal Rumänen, zumal ausgewanderte Rumänen. Was ist aber aus der Begeisterung für Nordkorea geworden, die Ceaușescu hegte, als er verkündete, das rumänische Fernsehen sei das zweitbeste der Welt, nach dem nordkoreanischen, und begann, Lobkundgebungen auf sein eigenes, geniales Wesen zu veranstalten?

Dieselbe Raserei, im Kleinen, wenn es heißt, heute, radikale Lösungen für totale Probleme zu finden. Noch vor knapp zwei Jahren ließ der Bürgermeister von Bukarest gepanzerte Fahrzeuge aufrollen, um dem Straßenbesitzern (sic!) ein Ende zu machen. In den Aktenschränken der Verwaltungen vergessen, hatten der

Straßenhandel und die affferenten Metallkioske nie einen vollständig legalen Status bekommen. Genehmigungen waren von einer Abteilung erteilt worden, die dafür nicht zuständig war.

Die Folge: alle Genehmigungen konnten außer Kraft gesetzt werden; heute floriert im Dunkeln, bei Nacht, der Schwarzmarkt, die Preise sind gestiegen, die städtischen Märkte verfügen nun über das Preismonopol, Verbraucherschutz ist, nach wie vor, eine abstrakte Idee. Die Dummheit der Lösung hat vielen Händlern die einzige Einnahmequelle versiegelt, und manchem den letzten Adrenalinkick gegeben zum Entschluss, nach Australien auszuwandern. Sie wird mit Sicherheit nur von der Impertinenz der Kampagne ihrer öffentlichen Rechtfertigung übertroffen. Das Sprechorgan der Verwaltung verwechselte Sauberkeit mit Euthanasie und die Zunft der Kleinhändler mit der Mafia. Die verdrängte Schulung im Schoß der Partei ergoss sich geschwätzig in Invektiven über das Bild des neu gewonnenen Klassenfeindes. Die Medien haben zur Verschönerung und Duldung der Maßnahmen zustimmend beigetragen. Dabei hat man eine Gebärde vollzogen, die zwischen Handkuss (der wieder ersehnten, harten Hand), verzücktem Kniefall und Arschkriecherei steht.

Das schizoide Bewusstsein lebt weiter; in jenem, mitten in Bukarest erbauten Haus des Volkes, an das viele (nicht ohne unverhehlten Stolz) erinnern, dass es das zweitgrößte Gebäude der Welt sei, nach dem US-amerikanischen Pentagon, ohne vielleicht die ironische Fügung einer

unkontrollierten Neigung zum ewig Zweiten wahrzunehmen. Diese steingewordene Phantasie (m)einer pornophilen Erinnerung findet sich in Miniatur wieder. Es wird zum Leitbild neuer Wohn- und Ferienhäuser privater Bauherren, die öffentliche Ämter besetzen. Die Stockwerke häufen sich, Blumengärten werden in Beton eingefasst und hinter hohen Mauern, mit schützenden Glasscherben auf dem First, in urbane Grill- und Parkplätze verwandelt. Säulen und Marmormosaik schmücken die Innenräume. Sie sind zum Sinnbild des Wohlstandes geworden, Objekt der Begierde und des Nationalstolzes «draußen», des Neides «drinnen». Dadurch entlädt sich die Verbitterung, und die heimisch graue periphere Betonlandschaft kann vergessen werden. Dann taucht manchmal ein ehemaliger Hofbajazzo auf und fängt von vorne an: er erzählt von den Feinden «draußen», von der Revolution «drinnen». Wir sind entzückt.

Andrei Popescu hat an der Freien Universität studiert und lebt in Berlin.

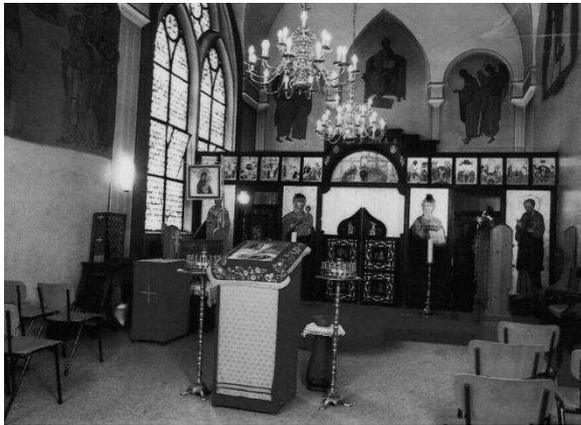
Foto: Autor

Griechisch-katholische Rumänen in Berlin

Die Seelsorge begann vor vierzig Jahren in Lankwitz

von **Ernst Meinhardt**

Im kommenden Jahr (2004) könnten die griechisch-katholischen Rumänen „Vierzig Jahre katholische Rumänen-Seelsorge in Berlin“ feiern. Zwar fanden einzelne griechisch-katholische Gottesdienste schon früher statt. Als Stichtag wird aber der 15. August angesehen. An diesem Tag des Jahres 1964 erhielt der erste Rumänen-Seelsorger seine Vollmacht zur Betreuung der griechisch-katholischen Rumänen im damaligen Westteil von Berlin. Ob die Rumänen ihr Jubiläum tatsächlich feiern, hängt in hohem Maße von ihnen selbst und von ihrem Engagement ab.



Kirche der griechisch-katholischen Gemeinde Hl. Nikolaus in Berlin-Kreuzberg, Mittenwalder Str. 15
(Foto: Autor)

Bis Ende 2000 gab es in Berlin eine einzigartige Gemeinde - einzigartig nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Die Rede ist von der „Griechisch-Katholischen Gemeinde Heiliger Nikolaus“ in Berlin-Kreuzberg. Die Gemeinde war multinational. Ihr gehörten Gläubige dreier Nationalitäten an: Ukrainer, Araber und Rumänen. Jede der drei Gruppen hatte ihren eigenen Seelsorger. Der Seelsorger der Ukrainer, der zugleich Gemeindepfarrer war, war in Berlin beheimatet. Der Rumänen- und der Araberseelsorger kamen jeweils drei bis vier Mal im Jahr nach Berlin, um hier mit ihren Gläubigen Gottesdienst zu feiern, Kinder zu taufen, Hausbesuche zu machen.

Zum 1. Januar 2001, nach fast 35jährigem Bestehen, wurde die „Nikolaus-Gemeinde“, wie sie kurz genannt wurde, aufgelöst. Der römisch-katholische Erzbischof von Berlin, Georg Kardinal Sterzinsky, dem die Gemeinde unterstand, entschied sich vor allem aus einem Grund zu diesem Schritt: Die Ukrainer, die die Mehrheit der Gläubigen stellten, wollten nicht mehr länger einer multinationalen

Gemeinde angehören. Als der Berliner Erzbischof sah, dass sie von dieser Haltung nicht abzubringen waren, gab er schließlich nach.

„Die Lösung ist dann so gelaufen“, berichtet Hermann Fränkert-Fechter, der im Erzbistum Berlin unter anderem für die Ausländerseelsorge zuständig ist, „dass das Erzbistum sich entschieden hat, den Ukrainern Möglichkeiten zu geben, dass sie hier in Berlin eine eigene Gemeinde aufbauen. Und gleichzeitig hat das Erzbistum für die verbleibenden kleineren Gruppen, also die Rumänen und die Araber, die Möglichkeit geschaffen, dass sie weiterhin in ihrer Sprache, im byzantinischen Ritus Gottesdienst feiern können. Allerdings ist hier die Eigeninitiative der jeweiligen Sprachgruppe Voraussetzung dafür.“

Den Rumänen-Seelsorger, einen katholischen Priester in Mannheim, ließ das Erzbistum wissen, dass er wie bisher drei bis vier Mal im Jahr in Berlin Gottesdienst feiern kann. Voraussetzung sei allerdings, „dass er rumänische griechisch-katholische Gläubige findet, die sich hier zum Gottesdienst versammeln wollen.“

Wie Hermann Fränkert-Fechter betont, gilt dieses Angebot weiterhin – trotz der Finanzschwierigkeiten, unter denen die katholische Kirche in Berlin leidet. Das Angebot besteht darin, dass das Erzbistum einen Kirchenraum zur Verfügung stellt. Dabei handelt es sich um die byzantinische Krypta eines Klosters in Berlin-Lankwitz. Mit den Christkönigsschwestern, der Ordensgemeinschaft, der das Kloster gehört, hat das Erzbistum bereits vereinbart, dass die Rumänen die Krypta nutzen dürfen. Die Miete würde das Erzbistum bezahlen. Ferner würde es die Kosten für die Fahrt und die Unterbringung des Seelsorgers übernehmen. Um den Chor, ohne den ein byzantinischer Gottesdienst unvorstellbar ist, müssten sich die rumänischen Gläubigen allerdings selbst kümmern. Sie könnten einen eigenen Chor gründen oder einen bestehenden Chor verpflichten, müssten dann allerdings dessen Honorar aus eigenen Mitteln bestreiten. „Die fremdsprachige Seelsorge wird in nächster Zeit im Erzbistum ohnehin neu geordnet und wesentlich stärker darauf ausgerichtet sein, dass die Gläubigen das leisten, was sie in ihrer Gemeinde wollen“, betont Hermann Fränkert-Fechter. Das Erzbistum werde einen Grundbestand sichern. Aber die Ausgestaltung des Gemeindelebens werde sehr stark vom Engagement der jeweiligen Sprachgruppe abhängen.

Die griechisch-katholische Kirche ist in Rumänien um die Jahrhundertwende vom 17. zum 18. Jahrhundert entstanden, genauer zwischen 1697 und 1701. Griechisch-katholische Gläubige gab und gibt es in Rumänien nur in Siebenbürgen und im Banat. Vereinfacht kann man sagen: Griechisch-Katholische sind Orthodoxe, die den Papst als Oberhaupt anerkennen. Sie feiern ihre Liturgie wie die Orthodoxen. Einziger Unterschied: An der Stelle, an der die Orthodoxen für ihren Patriarchen beten, beten die Griechisch-Katholischen für den Papst. Griechisch-Katholische und Orthodoxe lesen im Sonntagsgottesdienst dasselbe Evangelium. Wie die orthodoxen Priester dürfen auch die griechisch-katholischen heiraten. In der katholischen Hierarchie können griechisch-katholische Geistliche bis in die höchsten Ränge aufsteigen. Die hoch angesehenen griechisch-katholischen Bischöfe Iuliu Hossu und Alexandru Todea waren Kardinäle. Erzbischof Traian Crisan machte Papst Johannes Paul II. zum Chef der Kongregation für die Heiligsprechungen.

Für die Union der siebenbürgischen Rumänen mit Rom, also für die Trennung von der rumänisch-orthodoxen Kirche und für die Unterstellung unter den Papst, gab es zwei Gründe.



Ikostase der Byzantinischen Krypta im Kloster der Christkönigsschwester Berlin-Lankwitz, Alt-Lankwitz 37/39 (Foto: Autor)

Der erste war der sich ausbreitende Calvinismus, der dem Vatikan große Sorgen bereitete. Mit dem Problem des rumänischen Volkes in Siebenbürgen hatten sich die Protestanten, allen voran die Calvinisten schon seit dem 16. Jahrhundert befasst. Die von ihnen geplante Lösung bestand aber nicht in der Anerkennung der rumänisch-orthodoxen Kirche als gleichberechtigt mit den anderen vier Konfessionen (Katholiken, Lutheraner, Calvinisten, Unitarier/Arianer). Dies hätte auch die Anerkennung der rumänischen Nation mit sich gebracht. Ihr Ziel war es vielmehr, die Rumänen als Ganzes allmählich an die Reformation heranzuführen und sie dann einzeln in die reformierte Glaubensgemeinschaft einzugliedern. Darin erblickte der Vatikan – wie gesagt – eine große Gefahr für den Katholizismus in Siebenbürgen, und er ersuchte den kaiserlichen Hof in Wien, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

So kam es, dass der Wiener Hof die Union der orthodoxen Rumänen mit der katholischen Kirche nach langem Zögern und allerlei Hinhaltenmanövern schließlich akzeptierte und einige Forderungen der rumänischen Unionssynoden akzeptierte. Zu den akzeptierten Forderungen gehörten:

- Der Bischof, die Priester und die Mitglieder der mit Rom unierten rumänischen Kirche sollen dieselben Privilegien erhalten wie die Römisch-Katholischen.
- Die mit Rom unierte rumänische Kirche soll ihre althergebrachten Traditionen und Gebräuche unverändert beibehalten dürfen;
- Die Rumänen sollen neben den Ungarn, Sachsen und Seklern als vierte Nation Siebenbürgens anerkannt werden.

Zwar machte der von Protestanten beherrschte siebenbürgische Landtag die vom Wiener Hof akzeptierten Forderungen der Unierten teilweise wieder rückgängig. So wurden die Rumänen zum Beispiel nicht als vierte Nation

anerkannt. Doch gelang es dem Landtag nicht, auch die Union der rumänischen Kirche mit Rom ungeschehen zu machen.

Den Rumänen selbst brachte die Union ihrer Kirche mit der römisch-katholischen sowohl in politischer als auch in sozialer und kultureller Hinsicht in der Folgezeit sehr viel. Die griechisch-katholische Kirche führte als erste, lange vor den Orthodoxen, das Rumänische als Kirchensprache ein. Rumänisch ersetzte damit das Kirchenslawisch, das das einfache Volk ohnehin nicht verstand. Die griechisch-katholische Kirche gründete Schulen, in denen in rumänischer Sprache unterrichtet wurde. Sie schickte junge Rumänen zum Studium ins Ausland, vor allem nach Rom und nach Wien. So wurden rumänische Intellektuelle herangebildet, was zu jener Zeit in den beiden anderen Fürstentümern Moldau und Walachei unvorstellbar gewesen wäre. Eine Lichtgestalt unter den Intellektuellen war der griechisch-katholische Bischof Inocentiu Micu Klein. Sechzehn Jahre lang legte er dem siebenbürgischen Landtag und dem Habsburger Hof in Wien immer wieder eine Reihe von Forderungen vor, allen voran die Forderung nach Anerkennung der Rumänen als vierte Nation Siebenbürgens. Eines seiner Argumente war, dass die Zahl der Rumänen in Siebenbürgen damals die Zahl jeder anderen Nationalität überstieg. Noch wichtiger war, dass Inocentiu Micu Klein den Standpunkt vertrat, dass die Rumänen ein lateinisches Volk sind und dass sie ununterbrochen in ihrer angestammten Heimat lebten. Damit formulierten der griechisch-katholische Bischof und Gelehrte zum ersten Mal die These von der Kontinuität der Rumänen in dem Gebiet, in dem sie auch heute noch leben.

Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts setzte die berühmte „Siebenbürgische Schule“ („Școala Ardeleană“) das fort, wofür Inocentiu Micu Klein die Vorarbeit geleistet hatte. Die „Siebenbürgische Schule“ war eine hauptsächlich von griechisch-katholischen Intellektuellen getragene aufklärerische Bewegung. 1791 legten die Spitzenvertreter der „Siebenbürgischen Schule“ dem Kaiser in Wien den berühmten „Supplex libellus Valachorum“ vor, zu deutsch etwa „Bittschrift der Rumänen“. Darin forderten die Autoren für die siebenbürgischen Rumänen Gleichberechtigung mit den Ungarn, Sachsen und Szeklern, also zum Beispiel Zulassung zum siebenbürgischen Landtag oder Ämter im Staat im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl. Vertreter der „Siebenbürgischen Schule“ lehrten, dass die Rumänen ein lateinisches Volk sind und dass das Rumänische eine lateinische Sprache ist. Repräsentanten der „Siebenbürgischen Schule“ sorgten dafür, dass die kyrillische durch die lateinische Schrift ersetzt wurde. Sie schufen eine der ersten rumänischen Grammatiken. Sie gründeten Schulen, gaben Lehrbücher heraus, förderten die Literatur, unterstützten die Wissenschaft. Wie eng die „Siebenbürgische Schule“ mit der griechisch-katholischen Kirche verflochten war, zeigt, dass die beiden in Blasendorf (Blaj) ihr wichtigstes Zentrum hatten.

Am 1. Dezember 1918, als Siebenbürgen mit Rumänien vereinigt wurde, war es dem griechisch-katholischen Bischof von Klausenburg-Gherla (Cluj-Gherla) Iuliu Hossu vorbehalten, das Vereinigungsmanifest zu verlesen. Zusammen mit dem rumänisch-orthodoxen Bischof von Karansebesch (Caransebeș), der später Patriarch der Rumänisch-Orthodoxen Kirche werden sollte, legte Bischof Hossu das Manifest anschließend der Regierung in Bukarest vor. Mit dem Machtantritt der Kommunisten setzte für die griechisch-katholische Kirche in Rumänien ein

langer und harter Leidensweg ein. Zum 1. Dezember 1948 wurde die Kirche aufgelöst. Offiziell hieß das „Rückführung in die Orthodoxie“. In Wirklichkeit war es ein Verbot. Wie zuvor ihre stalinistischen Vorbilder in der Sowjetunion, konnten und wollten sich auch die stalinistischen Machthaber in Bukarest nicht damit abfinden, dass die griechisch-katholische Kirche nicht in ihnen die oberste Autorität sah, sondern im Papst in Rom. Das deuteten sie als Unterordnung unter eine ausländische Macht. Gleich nach dem Verbot der Kirche wurden sämtliche griechisch-katholischen Bischöfe und viele Priester eingesperrt. Nur drei Bischöfe überlebten die Kerkerhaft. Den gesamten griechisch-katholischen Besitz – Kirchen, Klöster, Schulen – beschlagnahmte der Staat. Einen Teil gab er an die rumänisch-orthodoxe Kirche weiter. Die Verfolgung der griechisch-katholischen Kirche dauerte bis zum letzten Tag der kommunistischen Diktatur an. Fortbestehen konnte sie nur im Untergrund ... und im Ausland. Auf Forderungen des Vatikans nach Wiederezulassung der Unierten reagierten die rumänischen Kommunisten jedes Mal mit schroffer Ablehnung.

Am 31. Dezember 1989 wurde die griechisch-katholische Kirche von der rumänischen Übergangsregierung wieder zugelassen. Heute sind alle fünf Bischofsstühle wieder besetzt. Mit der Rückgabe des griechisch-katholischen Besitzes geht es aber auch dreizehn Jahre nach der rumänischen Revolution nur schleppend voran. Vielerorts weigern sich die Orthodoxen, die einstigen griechisch-katholischen Kirchen und Klöster zurückzugeben. Am besten klappt das im Banat, wo der rumänisch-orthodoxe Metroplit Nicolae Corneanu schon vor Jahren anordnete, dass griechisch-katholischer Besitz ohne wenn und aber herauszugeben ist. Wie die griechisch-katholische Kirche betont, hat sie von ihren einst über 2.500 Kirchen und Klöstern bislang nur an die einhundert zurückerhalten. Davon liegt die Hälfte im Banat. „Wenn eine Kirche von Hunderten von orthodoxen Gläubigen genutzt wird, können wir sie doch nicht der griechisch-katholischen Kirche zurückgeben, wenn diese in dem betreffenden Ort nicht einmal ein Dutzend Gläubige hat.“ Dieses Argument hört man oft von Orthodoxen, wenn es um die Kirchenrückgabe geht. Macht man Zahlen zur Richtschnur des Handelns, ist es nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Laut Volkszählung von 2002 sind über 80 Prozent der gut 22 Millionen Einwohner Rumäniens rumänisch-orthodox. Demgegenüber gaben nur 200.000 ihre Konfession mit griechisch-katholisch an. 1948, als die mit Rom unierte Kirche verboten wurde, waren es 1,6 Millionen Gläubige.

Vor allem wegen der Nichtrückgabe der Kirchen ist das Verhältnis zwischen rumänisch-orthodoxer und griechisch-katholischer Kirche belastet. Eine gewisse Entspannung brachte der Rumänien-Besuch von Papst Johannes Paul II. im Mai 1999. Es war ein historischer Besuch, weil

es der erste Besuch eines Papstes in einem überwiegend orthodoxen Land war. Kurz nach dieser Visite suchte Patriarch Teoctist, das Oberhaupt der Rumänisch-Orthodoxen Kirche, den griechisch-katholischen Kardinal Alexandru Todea in dessen Wohnung in Regen (Reghin) auf. Zusammen beteten die beiden Kirchenführer das „Vaterunser“. In den Jahren des Kommunismus war Erzbischof Alexandru Todea Oberhaupt der in den

Untergrund gedrängten griechisch-katholischen Kirche Rumäniens und eine Symbolfigur des Widerstands gegen die Diktatur. Erzbischof Todea starb nach langer, schwerer Krankheit im Frühjahr 2002 kurz vor seinem 90. Geburtstag.

Auf seiner Deutschlandreise im Mai diesen Jahres beurteilte Patriarch Teoctist die gegenwärtigen Beziehungen zwischen der rumänisch-orthodoxen und der griechisch-katholischen Kirche als „positiv“. Es gebe zwar noch viele Probleme, sagte das Kirchenoberhaupt in einem Interview mit der Deutschen Welle. Der Dialog sei aber in Gang gekommen. „Und ich denke, dass es sehr schön wäre, wenn beide Kirchen, die rumänisch-orthodoxe und die griechisch-katholische, zu einem wahrhaft brüderlichen Zusammenleben kämen. Was wir in unserem Dialog brauchen, sind Offenheit und Ehrlichkeit, Wahrheit und Gerechtigkeit und natürlich das Gebet. Mit diesen Tugenden werden wir auch unsere Probleme lösen“, sagte Patriarch Teoctist.

Erster Seelsorger der griechisch-katholischen Rumänen in Berlin war Pater Augustin Maura. Der Katalane lebt jetzt wieder in seiner Heimatstadt Barcelona. In den Jahren, in denen er sich um die Rumänen kümmerte, also ab 1964, war er dem Erzbistum Köln zugeordnet. Seinen letzten rumänischen Gottesdienst in Berlin feierte Pater Maura 1980 anlässlich des Berliner Katholikentags. Sein Nachfolger in der Rumänenseelsorge wurde der Mannheimer Geistliche Karl-Heinrich Jung. Seit Mitte der 80er Jahre kommt Pfarrer Jung regelmäßig nach Berlin, um sich hier um „seine“ Rumänen zu kümmern. Wobei in der „Nikolaus-Gemeinde“ nie gefragt wurde, ob jemand griechisch-katholisch oder orthodox ist. Da die rumänisch-orthodoxe Gemeinde bis Ende der 80er Jahre in Berlin nur auf dem Papier, sprich im Vereinsregister existierte, kamen natürlich auch rumänisch-orthodoxe Gläubige zum griechisch-katholischen Gottesdienst. Vielleicht waren sie an manchen Sonntagen sogar in der Überzahl. Doch störte das Pfarrer Jung nicht. Seine Devise lautete: „Wer kommt, der kommt“. Bemerkenswert ist das Rumänisch des Rumänenseelorgers. Obwohl Pfarrer Jung ein echter „Mannemer“ (Mannheimer) ist, spricht er ein Rumänisch, als wäre es seine Muttersprache. Dabei hat er die Sprache ausschließlich im Selbststudium gelernt.

Nach den Worten von Hermann Fränkert-Fechter enthält die Kartei des Erzbistums Berlin zur Zeit die Adressen von rund 230 katholischen Rumänen. „Sie werden als ‚katholisch‘ von der Meldebehörde geführt. Wir wissen natürlich“ fügt der für die Ausländerseelsorge zuständige Mann im Erzbistum hinzu, „dass nicht alle, aber doch viele von ihnen griechisch-katholisch sind.“

Ernst Meinhardt ist Journalist bei der Deutschen Welle.

Anmerkung des Autors: Alle, die wünschen, dass die griechisch-katholische Rumänenseelsorge in Berlin weitergeht, wenden sich bitte an den Autor dieses Beitrags:

Ernst Meinhardt
Jungbornstr. 24
13129 Berlin

Der desolate Arbeitsmarkt in Rumänien nach 1989 – eine Einführung

von *Dan Florin Popescu*

Der Untergang des kommunistischen Regimes Ende der 80er Jahre hat in ganz Osteuropa eine gesellschaftliche und soziale Aufbruchsstimmung und einen enormen Wunsch zum Wechsel ausgelöst. Der plötzliche Kollaps des politischen und ökonomischen Systems, das gekennzeichnet war durch die totale Kontrolle der Preise und der Verteilung der Ressourcen, hat Rumänien in ein klares Dilemma gebracht: es konnte nicht mehr verkaufen, was produziert wurde; und es wurde nicht produziert, was nachgefragt wurde. Die erforderlichen Anpassungen entstanden auf dem Reißbrett, sollten radikale Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt bringen:

Die Arbeitsnachfrage im privaten Sektor sollte mit der Zeit steigen, und die Beschäftigung im staatlichen Sektor sollte als letztes Mittel dienen, um Arbeitslosigkeit zu verhindern und so die sozialen Kosten unter Kontrolle zu halten.

Das Lohnniveau im privaten Sektor sollte attraktiver als im staatlichen Sektor sein, aus dem einfachen Grund, dass die privaten Unternehmen produktiver sind und striktere Budgetrestriktionen erfüllen müssen.

Die Arbeitsmarktpolitik sollte sowohl Arbeitnehmer als auch Erwerbslose so schnell wie möglich durch diversifizierte Umschulungs- und Re-qualifizierungsangebote an die veränderte Arbeitsnachfrage vorbereiten, um so eine reale Chance zur Reintegration auf dem Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Dieser Prinzipienwechsel, nach dem das Privateigentum und die Produktivität immer mehr an Gewicht gewinnen sollten, ist ohne die Unterstützung der Elite nicht durchzuführen. In Rumänien zeichnet sich die Situation durch folgende Momente aus: die politische Klasse hat erforderliche Reformen nicht konzeptualisiert, oder wenn dies überhaupt der Fall war, war sie nicht bereit (außer in eingeschränktem Maße die Regierung von 1996-2000) das Risiko einzugehen, diese Reformen zu implementieren. Diese Art des „Stop and Go“, Reformen durchzuführen, stellt das Muster der rumänischen Transformation dar, das katastrophale Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt mit sich brachte.

Der Reallohn in Rumänien erreichte im Jahr 2000 nur 58,6% des Niveaus von 1990. Der Durchschnittslohn im staatlichen Sektor, der aus der Staatskasse beglichen wird, ist bis heute deutlich höher als im privaten Sektor. Dennoch gibt es zu denken, dass bis zum Jahre 2000 die Anzahl der Erwerbstätigen im privaten Sektor kontinuierlich auf 75,03% der Gesamterwerbstätigen gestiegen ist.

Es muss beachtet werden, dass 40,13% der Gesamterwerbstätigen (in Deutschland liegt diese Quote irgendwo zwischen 2,5% und 3,5%) bzw. 53,48% der „privat“ Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig sind. Dieses bedenkliche Beschäftigungsniveau ist nicht durch eine höhere Produktivität zu

erklären, sondern durch die Subsistenzwirtschaft, die mehr schlecht, als recht, die Existenzgrundlage für einen großen Teil der Bevölkerung darstellt.

Ein weiterer Aspekt ist, dass manche Industrien und Branchen (besonders die Kohleindustrie und der gesamte Energiesektor) von den unterschiedlichen Regierungen bevorzugt behandelt wurden – sowie vor als auch nach der Wende 1989. Diese waren nicht von den Privatisierungsmaßnahmen betroffen, da ein ungleiches Kräfteverhältnis zwischen Gewerkschaften (sehr stark und oft paramilitärisch organisiert), Arbeitnehmern (oft kaum existent) und einem wankelmütigen Staat in der Rolle des Arbeitgebers bestand. Daher ist die Beschäftigtenzahl konstant geblieben oder sogar gestiegen (Ausnahme: die Kohleindustrie zwischen 1997-1999).

Verschiedene Forschungen, die den rumänischen Arbeitsmarkt untersucht haben (Preda 2000, OECD 2000 und OECD 2002), sind zu der gleichen Schlussfolgerung gekommen: es gibt zwei Arten von Wirtschaften, die parallel nebeneinander existieren und nach komplett verschiedenen Prinzipien funktionieren. Im staatlichen Sektor ist die Lohn- und Beschäftigungspolitik von politischen, administrativen und bürokratischen Kriterien dominiert und rechtfertigt daher den Vorwurf des politischen Klientelismus. Gleichzeitig spiegeln das Lohnniveau und die Beschäftigungsquote die Effizienz und Produktivität im privaten Sektor wider, da hier weniger politischer Einfluss ausgemacht werden kann.

Unter diesen Umständen, geprägt durch unkohärente Dynamik von Lohn- und Beschäftigungsentwicklungen, soll die Arbeitsmarktpolitik auf folgendes abzielen: *„Menschen in dauerhafte, produktive und ihren Fähigkeiten entsprechende Beschäftigungen mit existenzsichernden Einkommen zu vermitteln. Sie soll dazu beitragen, das Entstehen struktureller Arbeitsmarktungleichgewichte zu verhindern bzw. bereits eingetretene zu beseitigen. Wichtig ist, dass Arbeitsmarktpolitik nicht an den wirtschaftspolitischen Ursachen von Arbeitslosigkeit ansetzt, sondern an deren struktureller Ausprägung (Problemgruppen sowie regionale und sektorale Ungleichgewichte) sowie an den materiellen und sozialen Folgen“*

(Kausch 1999, 3). Die Arbeitslosenquote zeigt ein überraschend „gutes“ Bild im Vergleich zu anderen MOE Ländern: sie beträgt durchschnittlich 9,68% zwischen 1992 und 2000, mit einem Tiefstand von 6,6% im Jahr 1996 (wichtiges Wahljahr in Rumänien) und einem Hoch von 11,8% im Jahr 1999 (starke Massenentlassungen). Folgendes ist jedoch zu beachten:

- 20,03%¹ der registrierten Arbeitslosen (zwischen 1990-2000) haben keine finanzielle Unterstützung vom Arbeitsamt erhalten;
- 47,05% sind Langzeitarbeitslose (mehr als 12 Monate registriert);
- 40,36% der Arbeitslosen sind unter 29 Jahre alt.

¹ Prozentueller Durchschnitt.

Es ist daher notwendig, die geringe Wirksamkeit der passiven Arbeitsmarktpolitik in Frage zu stellen. Ein anderer Aspekt ist die aktive Arbeitsmarktpolitik. Sie wird in der Literatur als „der Anteil unter den Arbeitslosen, der an einer aktiven Maßnahme² teilnimmt“ (RWI 2002, 19) definiert und beträgt im Durchschnitt in Rumänien, zwischen 1990-2000 nur 2,93% (EU Durchschnitt ist im Jahr 2000 ca. 30%). Anders gesagt, von 100 Arbeitslosen erhalten nur 3 die Möglichkeit, ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt auf diesem Wege zu erhöhen. Der Anteil der Teilnehmer, die diese Maßnahmen erfolgreich abgeschlossen haben, beläuft sich auf durchschnittlich 19,40%. Im Vergleich mit dem gesamten Arbeitslosenpool bedeutet das nur eine enttäuschende Quote von 0,63%.

Diese makro-ökonomischen Daten zeigen uns, dass die Mehrzahl der Maßnahmen passiv und reaktiv konzipiert ist. Weiter, in der ersten Transformationsdekade (1990-2000) gibt es keine klare Aussage über Ziele, Strategien oder Mechanismen, welche die Regierungen in Bezug auf den Arbeitsmarkt verfolgen. Auf der anderen Seite zeigen uns diese Daten, dass aufgrund einer langsamen und unsicheren Übergangstrategie, die „schlechten Zeiten“ auf dem Arbeitsmarkt noch nicht überwunden wurden, sondern in einer nahen Zukunft zu erwarten sind.

BIBLIOGRAPHIE:

Kausch, Irina *Bewältigung der sozialen Kosten der Transformation – Arbeitsmarktpolitik und soziale Sicherung in Rumänien.*, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik. Berlin, 1999; **OECD 2000: Labour Market and Social Policies in Romania**; **OECD 2002: Economics Assessment Romania**; **Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.: Wirkungsbewertung nationaler Politiken im Zusammenhang mit der Europäischen Beschäftigungsstrategie.** Essen/Köln 2002

Zamfir, Catalin: *Politici Sociale în România 1990-1998.* București, 1999

Zum Autor: Dan Florin Popescu ist seit Herbst 2002 Doktorand am Institut für Sozialwissenschaften an der Humboldt Universität zu Berlin und promoviert zum Thema „*The Challenge of the Romanian Social Policy: The Dynamic of the Poverty Phenomenon on the Labour Market*“.

Raluca Ciobanu als Gast der DRG in Berlin

Eine junge Pianistin aus Rumänien hat auf Einladung der DRG vom 21. bis 24. Juni in Berlin an einem internationalen Meisterkurs teilgenommen.

Das Internationale Forum für junge Künstler (young.artists@web.de) ermöglicht es hochbegabten Nachwuchspianisten aus aller Welt, im Abstand von 6 bis 8 Wochen in Berlin zusammenzutreffen und mit

Frau Prof. Elena Richter von Tschaikowski-Konservatorium Moskau zu arbeiten und sich abschließend in einem Konzert vorzustellen. Frau Prof. Richter ist Schülerin des bekannten Klavierpädagogen Heinrich Neuhaus (1888 – 1964), war seine Assistentin und schließlich seine Nachfolgerin.

Raluca Ciobanu, 1985 in Botoșani geboren, besucht im letzten Jahr das

² Z. B. Fortbildung und Umschulung, Vermittlung, Beratung, Arbeitsmarktinformation, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen usw.

Musiklyceum „Sigismund Toduta“ in Cluj-Napoca.

Im Hauptfach Klavier wird sie von Frau Gerda Türk unterrichtet. Sie war bereits 1999, eingeladen durch die DRG, als damals jüngste Schülerin mit ihrem Schulorchester einschließlich einiger Solisten in Berlin und ist durch ihre hervorragende Leistung aufgefallen. Raluca Ciobanu ist Preisträgerin bereits vieler Nationaler Wettbewerbe und ist in zahlreichen Konzerten öffentlich aufgetreten. In 2002 erhielt sie z. B. im Mozart - Wettbewerb Cluj den 1. Preis für Klavier Solo. – Im Abschlußkonzert der Meisterkurssteilnehmer hat sie für ihren Beitrag, Schumann, Sonate op. 22 in g-Moll, begeisterten Beifall ausgelöst.

Janna Jähmig

Mitgliederversammlung der DRG vom 19. Juni 2003

Am 19. Juni 2003 fand eine ordentliche Mitgliederversammlung der Deutsch-Rumänischen Gesellschaft statt. Das Rumänische Kulturinstitut hatte uns dafür dankenswerterweise seine Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt.

Wichtigster Tagesordnungspunkt war die turnusgemäße Neuwahl des Vorstandes. Dr. Günther Tontsch, Vizepräsident der Hamburger Gesellschaft danken wir herzlich für die umsichtige Leitung dieses Abschnittes.

Durch die Neuwahlen ergaben sich diesmal erhebliche personelle Veränderungen. Zunächst war wegen des Todes von Herbert Siebold die Funktion des Präsidenten der Gesellschaft neu zu besetzen. Professor Dr. Axel Azzola hatte

sich bereit erklärt, für diese Position zu kandidieren und wurde mit großer Mehrheit gewählt. Daneben sind vier Vorstandsmitglieder bei dieser Gelegenheit aus dem Vorstand ausgeschieden: Friederike Binder, Dr. Larisa Schippel, Luisi Ecaterina von Simons und Claudia Strauß. Trotz ihres Abschieds aus dem Vorstand bleiben sie der DRG und ihrer Arbeit weiterhin verbunden; es sei ihnen hier noch einmal für das gedankt, was sie für die Gesellschaft geleistet haben.

Neu in den Vorstand wurden neben dem Präsidenten gewählt: Christoph Kaiser, Tina Olteanu und Hermine-Sofia Untch. Axel Bormann, Janna Jähmig (Schriftführerin), Wilfried Lohre (Schatzmeister) und Alexander Roth (Vizepräsident) haben schon bisher im Vorstand mitgearbeitet,

durch ihre überzeugende Wiederwahl wurde neben der Erneuerung die personelle Kontinuität gewahrt.

Erstmals wurde auch ein Beirat bestellt und von der Mitgliederversammlung bestätigt. Als Beiratsmitglieder konnten erfreulicherweise Carmen Francesca Banciu, Dr. Arthur Beyrer, Prof. Wolfgang Dahmen, Richard Finkler, Dr. Anneli Ute Gabanyi, Elisabeth Packi, Prof. Dorothee de Nève und Dr. Larisa Schippel gewonnen werden.

Die Veranstaltung war sehr gut besucht, unter anderem war auch der rumänische Botschafter anwesend und richtete einige freundliche Grußworte an die Versammlung. Mit

dieser ansprechenden Mischung aus Kontinuität und personellem Neubeginn besteht aller Grund zu der Annahme, dass die Deutsch-Rumänische Gesellschaft auch in Zukunft eine gute Entwicklung nehmen wird.

Für den Vorstand: Axel Bormann

Herbert Siebold

4.11.1929 – 14.11. 2002

Die Deutsch-Rumänische Gesellschaft trauert um ihren Gründungspräsidenten, der nach längerer, schwerer Krankheit verstorben ist.

Er hat die Gesellschaft durch seine Persönlichkeit geprägt. Für die Ziele der Gesellschaft, dass Menschen aus beiden Ländern sich durch Begegnungen und kulturellen Austausch gegenseitig besser kennenlernen, um Vorurteile abzubauen, hat er mit Hingabe und persönlichem Einsatz bis wenige Monate vor seinem Tod gearbeitet. Viele Projekte der Gesellschaft hat er angestoßen und auch selbst betreut.

Noch an den Planungen und der Durchführung des Festakts und der Feier zum 10-jährigen Bestehen der Gesellschaft war er aktiv beteiligt, und in der als Festschrift erschienenen letzten Ausgabe der Deutsch-Rumänischen Hefte konnte sein zusammenfassender Bericht „10 Jahre Deutsch-Rumänische Gesellschaft“ veröffentlicht werden.

Die Gesellschaft ist ihm zu großem Dank verpflichtet. Seine Energie und sein Ideenreichtum sollen auch in Zukunft Maßstab für unsere Arbeit sein.

Der Vorstand der DRG